

Bürgerinitiative Eichelhardt  
Nico Reim  
Siegener Straße 13  
57612 Eichelhardt  
initiative@buenger-eh.de

Landrat des Landkreises Altenkirchen  
Dr. Peter Enders  
Parkstr. 1  
57610 Altenkirchen

Eichelhardt, 13.02.2024

## **OFFENER BRIEF**

### **Containeranlage für Asylbewerber in der Gemarkung Isert**

Sehr geehrter Herr Landrat,

vielleicht erinnern Sie sich noch an uns. Am 11.01.24 waren wir bei Ihnen und haben unsere Petition (inkl. einem 2. Exemplar zur Weitergabe an den Kreistag) übergeben. Das ist jetzt 5 Wochen her !

Wir hatten Sie damals gebeten, sich dringend persönlich dieser Angelegenheit anzunehmen und die Entscheidung noch einmal grundlegend, unter den in der Petition aufgeführten Gesichtspunkten, einer eingehenden und verantwortungsbewussten Prüfung zu unterziehen.

Weiterhin baten wir höflich, uns über den Fortschritt und das Ergebnis der Prüfung auf dem Laufenden zu halten und uns z.B. mitzuteilen, wann der Kreistag sich mit dem Thema beschäftigen und darüber beraten wird.

Zwar konnten wir inzwischen ihre Sicht auf einige Sachverhalte, mit denen wir in unserer Petition begründen, warum der Ort nicht geeignet ist, der Presse entnehmen, wundern uns aber trotzdem, dass Sie uns nicht persönlich antworten, obwohl Sie doch betonten, dass es „immer besser ist, wenn man miteinander spricht“.

Nachdem Isert inzwischen sein Einvernehmen zum Bauantrag des Kreises versagt hat, prüft nun die Bauaufsichtsbehörde des Kreises, ob sie das nicht erteilte Einvernehmen ersetzen kann und die Baugenehmigung somit trotzdem erteilt wird. Ob das unabhängig möglich ist ?

Wir kommen aber jetzt nochmal zurück auf unsere Bürgerinitiative, die Petition und die letzten Berichte in der Presse, denn es gibt ein paar wichtige Dinge klarzustellen:

Sie sind der Meinung, es gäbe kein Petitionsrecht. Im Artikel 17 Grundgesetz heißt es jedoch: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Auch sollte es für Sie nach Artikel 11 der Landesverfassung RLP, konkretisiert durch Paragraph 11b der Landeskreisordnung unbestritten sein, dass ein kommunales Petitionsrecht besteht.

Dieses Recht haben wir mit unserer Petition, die insgesamt 460 Unterschriften hatte, in Anspruch genommen.

Eine Petition ist kein „laufendes Geschäft“ und muss somit im Kreistag behandelt werden !

In der Presse war zu lesen „Die Flüchtlingshilfe Flammersfeld bemüht sich derzeit, mit den Akteuren im Bereich Isert und Eichelhardt ins Gespräch zu kommen“.

Das war aber zu diesem Zeitpunkt längst passiert. Mit der Flüchtlingshilfe Flammersfeld, die wertvolle Integrationshilfe leistet und eine tolle Arbeit macht, hatten wir bereits am 17/20.01.24 Kontakt. Nach den von der OG Isert verabschiedeten Beschlüssen erschien es der Flüchtlingshilfe allerdings „zum jetzigen Zeitpunkt wenig hilfreich, sich zu einem Gespräch zusammenzufinden.“

Außerdem ist von Seiten Kreis und VG ja auch gar keine Integration geplant. Die Menschen werden hier abgeladen oder besser gesagt zwischengeparkt, bekommen Infos über Ämter und Beratungsstellen (die allerdings total überlastet sind) und sind dann sich selbst überlassen.

Sie sollen wie in der Presse zu lesen war „alleinverantwortlich für sich selbst Unterstützung einfordern“. Da kommt sicher Freude auf bei den Asylbewerbern. Oder aber ein Zustand der Überforderung, zumal Informationen über das Leben, Zusammenleben, Gesetze, Bräuche und übliche Gepflogenheiten in Deutschland völlig fehlen.

Auch wenn nur Aufnahme und Unterbringung, nicht aber die soziale Betreuung gesetzlich verankert ist, können Kreis und VG nicht einfach die Augen zumachen und schauen was wird und was nicht wird, ausblenden und ignorieren.

Wie der Presse zu entnehmen war, ist für Sie das Projekt in Isert vergleichbar mit den Unterkünften ehem. Hotel „Fuchsbau“ in Niederfischbach und dem ehem. CJD in Wissen.

Die Vergleiche können schon deshalb nicht herangezogen werden, weil es sich dabei um feste Gebäude in großen Ortschaften handelt und nicht um Container in einem Waldstück, in ganze 4qm Platzangebot pro Asylbewerber zulassen.

In der Presse stand „Das Zusammenleben der Asylbewerber wird über Hausordnungen und allgemeine Verhaltensvorschriften geregelt.“

Und Sie glauben, das würde hier funktionieren? Bei alleingelassenen, zum Teil schwer traumatisierten Menschen, die zudem wahrscheinlich noch in erheblichem Maße frustriert sind über die Art der Unterbringung und das im Stich gelassen werden ?

Oder endet Ihre Verantwortung in dem Moment in dem die Asylbewerber die Container betreten ?

In der Presse war außerdem zu lesen, dass es auch aus Ihrem Hause heißt, es gäbe „grundsätzlich erwartbare Konfliktpotenziale“ und, dass „es nicht ausgeschlossen ist, dass eine Gemengelage entsteht“. Also ein Brennpunkt ? An diesem abgelegenen Ort ?

Wo fängt die Verantwortung an und wo endet die Verantwortung, die Sie auch für die BürgerInnen in Eichelhardt und Isert haben ? Oder ist das nicht so wichtig für Sie ?

In der Presse war zu lesen: „Für Gewaltprävention wird darüber hinaus ein Sicherheitsdienst beauftragt, der in unregelmäßigen Abständen Präsenz vor Ort zeigen wird.“ Na dann ist ja gut. Dann kann ja nichts passieren ...

Was ist denn mit den Zeiträumen zwischen den unregelmäßigen Abständen ? Und wie groß sind diese ?

Körperliche Unversehrtheit ist eines der wichtigsten Grundrechte. Und genau diese sehen wir hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt und somit stark gefährdet, für alle Beteiligten.

Deshalb ist klar: Wenn den Menschen hier vor Ort, egal ob Asylsuchenden, Einwohnern oder Kindergartenkindern, die hier bekanntlich oft Ausflüge unternehmen, irgendetwas passiert, nur weil Sie zusammen mit Kreis und VG dieses menschenunwürdige und absolut verantwortungslose Projekt entgegen aller Warnungen durchgezogen haben, tragen Sie die volle Verantwortung dafür !

Dies werden die betroffenen Menschen von Ihnen erwarten und einfordern. Damit müssen Sie rechnen.

Mit unserer Petition hatten wir Ihnen eine generelle Lösung für die viel zu hohe Anzahl zugewiesener Asylbewerber vorgelegt: Sowohl Kreis als auch VG könnten bei der jeweils höheren Ebene die Anwendung des Königsteiner Schlüssels fordern und notfalls klagen. Warum tun Sie das nicht ?

Bitte ziehen Sie endlich die Reißleine ! Im Sinne aller Beteiligten !

Wir erwarten ihre Antwort.

Mit weiterhin sehr besorgten Grüßen

Bürgerinitiative Eichelhardt

i.A. Nico Reim